Jerusalems Großmufti kritisiert geplantes „Muezzin-Gesetz“

22. Juni 2018

Amman/Jerusalem (KNA) Der Großmufti von Jerusalem, Mohammed Ahmed Hussein, hat vor einer
in Israel geplanten Einschränkung muslimischer Gebetsrufe gewarnt. Der Gebetsruf des Muezzins sei religiöser Brauch und keine Belästigung, sagte er laut Bericht der staatlichen jordanischen Nachrichtenagentur „Petra“.

Israel diskutiert seit längerem eine zeitliche Begrenzung für islamische Gebetsrufe. Erste Vorstöße waren am Widerstand aus strengreligiösen jüdischen Kreisen gescheitert, die negative Auswirkungen auch auf die jüdische Religionsausübung befürchteten. Zuletzt diskutierte der Rechtsausschuss des israelischen Parlaments, der Knesset, am Dienstag zwei Gesetzentwürfe, die die Nutzung von Lautsprechern an Moscheen zwischen 23.00 Uhr und 7.00 Uhr gesetzlich verbieten und Zuwiderhandlungen unter Strafe stellen wollen. Begründet wird das Verbot damit, dass die Lebensqualität von Anwohnern durch die Gebetsrufe eingeschränkt werde.

Der Großmufti warf den israelischen Behörden dagegen eine „dreiste Einmischung“ in die Belange von Muslimen vor. Die geplante Regelung ignoriere „Religionen, Normen und internationale Gesetze“. Die israelischen Angriffe auf die Kultfreiheit seien darauf angelegt, „alle Spuren von Arabern in Palästina“ auszulöschen, so Hussein. Er rief internationale Organisationen einschließlich der UN Kulturorganisation Unesco auf, Übergriffe auf Moscheen und islamische Denkmäler zu stoppen.

(KNA – skqml-89-00009)

Stand: 24. November 2026